



Hauptausschuss

31. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen - Mehr Wissen voneinander schafft mehr Vertrauen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2681

In Verbindung damit:

**In jüdischer und nicht-jüdischer Verantwortungsgemeinschaft für ein
weltoffenes und tolerantes Nordrhein-Westfalen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2737 - Neudruck

1

Gespräch mit dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in
Deutschland und Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen
Gemeinden Nordrhein, Herrn Paul Spiegel

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 13/2800, 13/3150 - Erste Ergänzungsvorlage - und 13/3250

- Zweite Ergänzungsvorlage

12

Einzelplan 01 - Landtag (s. Anlage 1)

12

Zum Verfahren und zu den Anträgen lfd. Nrn. 1 bis 6

12

Die Fraktionen von CDU und FDP schließen sich den Anträgen der Koalitionsfraktionen zum Einzelplan 01 an.

Anschließend werden die Anträge lfd. Nrn. 1 bis 6 von allen vier Fraktionen ohne Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.

Der Einzelplan 01 mit den gerade beschlossenen Änderungen wird ebenfalls einstimmig verabschiedet.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident (s. Anlage 2)

Zu lfd. Nr. 1

14

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 10 - Zuschuss an die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften

In Verbindung damit:

Zu lfd. Nr. 3

Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Gesamtausgaben des Kapitel 02 060

15

Der Ausschuss lehnt den Antrag lfd. Nr. 1 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die

Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion wird sodann der Antrag lfd. Nr. 3 abgelehnt.

Zu lfd. Nr. 2 a)

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH

In Verbindung damit:

Zu lfd. Nr. 2 b)

Kapitel und Titel s. o.

16

Der Ausschuss lehnt die Anträge lfd. Nr. 2 a) und 2 b) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

Zu lfd. Nr. 4

Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Titel 686 20 - Zuschuss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

17

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

Zu lfd. Nr. 5

Kapitel 02 062 - Institut Arbeit und Technik

Gesamtausgaben des Kapitels 02 062

17

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

Zu lfd. Nr. 2 c)

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH

In Verbindung damit:

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 00 - Zuschüsse an die Gesellschaften für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen 17

Der von allen Fraktionen mündlich eingebrachte Antrag (s. lfd.
Nr. 2 c) wird einstimmig beschlossen.

Sodann wird der Einzelplan 02 mit den eben beschlossenen
Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis
90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP
angenommen.

Einzelplan 15 - nur Kapitel 15 081, Landeszentrale für politische Bildung

Das Kapitel 15 081 des Einzelplans 15 wird mit den Stimmen der
Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen
der Fraktionen von CDU und FDP ohne Änderungen angenommen. 18

3 Hände weg vom Filmbüro NRW

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3055

- abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den
federführenden Medienausschuss

kurze Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-
Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab. 19

4 Verschiedenes

hier: Gesetz zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2625

20

Der Vorsitzende will den Gesetzentwurf zur abschließenden Beratung
und Abstimmung in die Tagesordnung für die nächste Sitzung
aufnehmen.

konstruktiv Kritik übe oder unsachlich verurteile und dass sich die Politik ihrer besonderen Verantwortung für den Staat Israel bewusst sein müsse.

Die israelische Regierung bezeichne Deutschland immer wieder als ihren zweitwichtigsten und -verlässlichsten Partner nach den USA. Der von einem Landespolitiker vor einigen Monaten aufgebaute Popanz, wer Israel kritisierte, würde gleichzeitig als antisemitisch abgestempelt, treffe nicht zu.

Und natürlich sollten zu Veranstaltungen der jüdischen Gemeinden auch Nichtjuden eingeladen werden, nur mangle es an den geeigneten Räumlichkeiten. Die jüdische Gemeinde Düsseldorf verfüge nur über einen Saal für maximal 280 Personen, das heiße für nicht einmal 10 % der eigenen Gemeindemitglieder. Er wende sich deshalb an Minister Kuschke, zumindest in der Landeshauptstadt innerhalb der Gemeinde Räumlichkeiten für Begegnungen zu schaffen.

Er bedanke sich nochmals für den heutigen Tag und freue sich auf weitere Begegnungen mit dem Ausschuss.

(Allgemeiner Beifall)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 13/2800, 13/3150 - Erste Ergänzungsvorlage - und 13/3250 - Zweite Ergänzungsvorlage

Einzelplan 01 - Landtag (s. Anlage 1)

Zum Verfahren und zu den Anträgen lfd. Nrn. 1 bis 6

Helmut Stahl (CDU) erinnert mit Blick auf die von SPD und Grünen als Tischvorlage eingebrachten Änderungsanträge an die bisherige Übung, Anträge vorher den anderen Fraktionen zumindest zuzuleiten.

Betreffend die in sämtlichen Anträgen zum Einzelplan 1 vorgesehenen Ansatzreduzierungen interessiere ihn, ob es sich um eine rein haushalterische Maßnahme handele oder man damit einen bestimmten Zweck zu erreichen versuche.

Dorothee Danner (SPD) erläutert, über die Verwendung der anfallenden Mittel befinde die Gesamtfraktion; der Arbeitskreis verbinde mit den Einsparungen keine Verausgabung der Beträge für ein konkretes anderes Ziel.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) hinterfragt die Auswirkungen der beabsichtigten Kürzung bei **Kap. 01 011 - Landtag NRW, Tit. 411 12 - Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern nach dem AbgGNW**.

Die Möglichkeit, diesen Ansatz zu reduzieren, resultiert nach den Worten des **Direktors beim Landtag, Peter Jeromin**, aus der - auf Hinweis des Finanzministers - im Haushaltsentwurf vorgenommenen 100%-Veranschlagung, das heiße: berechnet für 231 Abgeordnete und die entsprechende Anzahl von Mitarbeitern über die Dauer des gesamten Haushaltsjahres. Durch eine gewisse Fluktuation flöen erfahrungsgemäß jedoch nicht sämtliche Mittel ab, was die Absenkung des Ansatzes erlaube.

Werner Jostmeier (CDU) greift die eingangs von Helmut Stahl geäußerte Verfahrenskritik auf: Die SPD-Fraktion, die ansonsten zu Recht immer sehr viel Wert auf eine Absprache zwischen den Fraktionen gerade über den Einzelplan 01 und eine von allen Fraktionen getragene Verabschiedung dieses Etats lege, habe in der ersten Diskussionsrunde während der letzten Sitzung des Ausschusses auf jegliche Fragen verzichtet, präsentiere nun aber plötzlich eine ganze Reihe von Änderungen, wobei insbesondere die Forderung des gerade in Rede stehenden Antrages den vom Direktor in der letzten Sitzung gelieferten Informationen - Notwendigkeit der 100%-Veranschlagung - zuwiderlaufe - eine Forderung, die sich anscheinend inzwischen aufgrund einer veränderten Ausgangslage realisieren lasse. Die SPD verfüge offenbar über weitergehende Kenntnisse als die in der vergangenen Sitzung gewonnenen.

Lothar Hegemann (CDU) unterstützt die Ausführungen seines Vorredners und mahnt an, zu dem alten Modus - Abstimmung im Vorfeld - zurückzukehren.

Carina Gödecke (SPD) erklärt sich bereit, das vorgeschlagene Verfahren in Zukunft zu berücksichtigen, allerdings widerspreche sie der Darstellung, es wäre in der Vergangenheit Usus gewesen: Definitiv nämlich habe es keine Verabredungen der Parlamentarischen Geschäftsführer zum Einzelplan 01 gegeben.

Gegeben habe es jedoch gemeinsame Projekte aller vier Fraktionen betreffend den Einzelplan des Landtags, etwa in Bezug auf die personelle und sächliche Ausstattung der Fraktionen - beispielsweise in puncto "Informations- und Kommunikationstechnologien" -, verbunden jeweils mit dem Versuch, für diese Anliegen die Deckung zumindest anteilig aus dem Einzelplan 01 zu erbringen, was aber nicht immer gelinge.

Als genauso normal wie die Ausbringung lediglich von Ansatzserhöhungen in einem Einzelplan ohne Ausweisung einer Deckung in demselben Etat bezeichne die Abgeordnete deshalb

umgekehrt die Ausbringung nur von Ansatzreduzierungen, die dann einer an anderer Stelle benötigten Deckung dienen.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) plädiert dafür, sich im Vorfeld zu verständigen, um den Haushalt gemeinsam zu verabschieden.

Vorsitzender Edgar Moron hält Einverständnis darüber fest, sich in Zukunft zu bemühen, den Einzelplan 01 gemeinsam zu tragen. Ein solcher vorheriger Meinungsaustausch falle aber nicht in die Zuständigkeit der Parlamentarischen Geschäftsführer, sondern in die der Sprecher der Fraktionen.

Die ausgewiesenen Reduzierungen betrachte er im Übrigen als Beitrag des Einzelplans 01 in einer sehr schwierigen Haushaltssituation, realisierbar ohne dadurch Leistungen einzuschränken oder gar Strukturen aufzuweichen.

Werner Jostmeier (CDU) befürwortet es, Einsparungen dort wo möglich vorzunehmen, doch basiere die Ausschöpfung dieser Möglichkeiten durch die Koalitionsfraktionen augenscheinlich auf über die Landtagsverwaltung erlangtem, der Opposition nicht zur Verfügung stehenden Herrschaftswissen.

Dorothee Danner (SPD) begründet die Einsparungen mit dem schlichten Bestreben, sich mit dem Einzelplan 01, bei dem es um die Interessen der Abgeordneten gehe, nicht von den anderen Ressorts, die alle erhebliche Absenkungen hätten hinnehmen müssen, abzukoppeln.

Die Richtigkeit dieses Bestrebens stellt **Helmut Stahl (CDU)** nicht in Abrede; es bleibe jedoch bei der Verfahrenskritik.

Die **Fraktionen von CDU und FDP** schließen sich den Anträgen der Koalitionsfraktionen zum Einzelplan 01 an.

Anschließend werden die Anträge lfd. Nm. 1 bis 6 von allen vier Fraktionen ohne Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.

Der Einzelplan 01 mit den gerade beschlossenen Änderungen wird ebenfalls einstimmig verabschiedet.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident (s. Anlage 2)

Marianne Thomann-Stahl (FDP) äußert scharfe Kritik an der Art der Haushaltsberatungen: Zum einen verfügten die Abgeordneten erst seit heute Morgen über die zweite Ergänzung,

zum anderen unterlaufe die Landesregierung mit der Ausbringung einer globalen Minderausgabe das Budgetrecht des Parlaments.

Zu lfd. Nr. 1

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 10 - Zuschuss an die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften

In Verbindung damit:

Zu lfd. Nr. 3

Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Gesamtausgaben des Kapitel 02 060

Die **FDP-Fraktion** zieht nach den Worten von **Marianne Thomann-Stahl** mit der von ihr gewünschten Ansatzserhöhung die Konsequenz aus den im Zuge des Gespräches mit Vertretern der Akademie im Rahmen einer Hauptausschusssitzung gewonnenen Eindrücken. Danach scheine es auch den Beteiligten aufseiten der Akademie wohl erforderlich, erstens die Akademie aus ihrem Elfenbeinturm zu holen, Konzepte zu entwickeln, um sie mit ihrer Arbeit im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern. Zweitens halte die FDP-Fraktion eine Kooperation der Akademie mit dem Wissenschaftszentrum für sinnvoll. Beides diene dazu, das bei der Akademie vorhandene Potenzial besser zu nutzen; beides bedürfe allerdings einer finanziellen Unterstützung.

Werner Jostmeier (CDU) rät von einer Aufstockung des Ansatzes zum jetzigen Zeitpunkt ab und empfiehlt, zunächst das vom früheren Chef der Staatskanzlei, Adamowitsch, bereits für September angekündigte Papier zu diesem Gesamtkomplex abzuwarten und auszuwerten.

Dorothee Danner (SPD) plädiert aus denselben Gründen gegen eine Anhebung des Ansatzes. Und sollte es tatsächlich zu einer stärkeren Vernetzung der Akademie der Wissenschaften und des Wissenschaftszentrums kommen, reichten sicherlich die vorhandenen Mittel, gepaart mit ein wenig mehr Kreativität, aus.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ist ebenfalls der Ansicht, zunächst eine Gesamtkonzeption zu diskutieren, und erachtet es außerdem als ein Gebot der Fairness, auch mit Vertretern des Wissenschaftszentrums über dieses Thema und die finanzielle Ausstattung "ihrer" Institution zu sprechen.

Helmut Stahl (CDU) schließt sich der Meinung, auch den anderen betroffenen Part zu hören, an. Ihn interessiere, weshalb der angekündigte Evaluationsbericht "Wissenschaftszentrum" noch nicht vorliege, der vielleicht weitere Erkenntnisse geliefert hätte. So aber bleibe eingedenk der negativen Bewertung des Wuppertal-Instituts durch den Wissenschaftsrat gar nichts anderes übrig, als eine Kürzung der Mittel für dieses Institut zu beantragen (s. lfd. Nr. 3).

Minister Wolfram Kuschke teilt mit, ein heute noch herausgehender Organisationserlass des Ministerpräsidenten sehe eine Umressortierung des Wissenschaftszentrums von der Zuständigkeit der Staatskanzlei zum Wissenschaftsministerium vor. Diese Organisationsentscheidung enthebe die Landesregierung natürlich nicht der Pflicht, aufgrund der Aussagen des Wissenschaftsrates die Überlegungen zur Neukonzeptionierung dieses Bereichs fortzusetzen. Er rechne mit einem diesbezüglichen Bericht Ende des Jahres.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag lfd. Nr. 1 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion wird sodann der Antrag lfd. Nr. 3 abgelehnt.

Zu lfd. Nr. 2 a)

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH

In Verbindung damit:

Zu lfd. Nr. 2 b)

Kapitel und Titel s. o.

Dorothee Danner (SPD) sieht sich, da die CDU-Fraktion jedes Jahr einen solchen Antrag zur Projekt Ruhr GmbH formuliere, gezwungen, ihre alljährliche Frage an die CDU-Fraktion auch diesmal zu wiederholen, ob nämlich ihre Mitglieder eigentlich nicht mit den von der CDU gestellten Oberbürgermeistern und Landräten in Kontakt ständen, denn diese bewerteten die Arbeit der GmbH völlig anders als die Landtagsabgeordneten.

Die **FDP-Fraktion** geht mit ihrer Forderung nach Auflösung der Projekt Ruhr GmbH noch einen Schritt weiter als die CDU-Fraktion, denn ihres Erachtens sei auch der Kommunalverband Ruhrgebiet, da auf Dauer ebenfalls entbehrlich, nicht geeignet, die Aufgaben der Projekt Ruhr zu übernehmen, erklärt **Marianne Thomann-Stahl**.

Hauptausschuss

27.11.2002

31. Sitzung (öffentlich)

ni-be

Der **Vorsitzende** verweist darauf, dass die Abstimmung nicht die Begründung der Anträge einschlieÙe.

Der **Ausschuss** lehnt die Anträge lfd. Nr. 2 a) und 2 b) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

Zu lfd. Nr. 4

Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Titel 686 20 - Zuschuss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

Zu lfd. Nr. 5

Kapitel 02 062 - Institut Arbeit und Technik

Gesamtausgaben des Kapitels 02 062

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

Zu lfd. Nr. 2 c)

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH

In Verbindung damit:

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 00 - Zuschüsse an die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen

Werner Jostmeier regt für die **CDU-Fraktion** an, die mit der zweiten Ergänzung ausgebrachte Kürzung der Zuschüsse an die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit zurückzunehmen.

Nach Auskunft von **MCdS Wolfram Kuschke** ist es machbar, den Betrag von 10.200 € an anderer Stelle einzusparen.

MDgt Nebel (StK) schlägt vor, den Ansatz für die Projekt Ruhr GmbH um die entsprechende Summe zu reduzieren.

Carina Gödecke schließt sich namens der **SPD-Fraktion** den unterbreiteten Vorschlägen an, bittet die Staatskanzlei aber, mit sensiblen Themen entsprechend sensibel in der Vorbereitung umzugehen.

MCdS Wolfram Kuschke sagt zu, diesen Hinweis in Zukunft zu beachten. - Dass die Operation so wie jetzt hier verabredet vorgenommen werden könne, hänge nicht etwa mit der Wertschätzung der Projekt Ruhr zusammen. Im Gegenteil sei im Rahmen der Sitzung des Innovationsbeirats der Gesellschaft letzte Woche die uneingeschränkte Zustimmung sämtlicher Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets zu der Gesellschaft und ihren Vorhaben deutlich geworden.

Der von allen Fraktionen mündlich eingebrachte Antrag (s. lfd. Nr. 2 c) wird einstimmig beschlossen.

Sodann wird der Einzelplan 02 mit den eben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 15 - nur Kapitel 15 081, Landeszentrale für politische Bildung

Das Kapitel 15 081 des Einzelplans 15 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ohne Änderungen angenommen.

Anlage 1 zu APr 13/728

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 01
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
1	Fraktion der SPD/ Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 01 010 Landtag NRW Titel 411 12 011 Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern nach dem Abg NW Reduzierung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>10.303.000 Euro</td></tr><tr><td>um</td><td>600.000 Euro</td></tr><tr><td>auf</td><td>9.703.000 Euro</td></tr></table> Ansatz lt. HH 2002	von	10.303.000 Euro	um	600.000 Euro	auf	9.703.000 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
von	10.303.000 Euro								
um	600.000 Euro								
auf	9.703.000 Euro								

Anlage 1 zu APr 13/728

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 01
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis									
2	Fraktion der SPD/ Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 01 010 Landtag NRW Titel 411 14 011 Versicherungsleistungen und Versorgung für Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete nach dem AbgG NW Ansatz lt. HH 2002 Reduzierung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>7.091.000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>um</td><td>600.000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>6.491.000 Euro</td><td>7.261.000 Euro</td></tr></table>	von	7.091.000 Euro		um	600.000 Euro		auf	6.491.000 Euro	7.261.000 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
von	7.091.000 Euro											
um	600.000 Euro											
auf	6.491.000 Euro	7.261.000 Euro										

Anlage 1 zu APr 13/728

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 01
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis									
3	Fraktion der SPD/ Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 01 010 Landtag NRW Titel 519 02 011 Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen Ansatz lt. HH 2002 Reduzierung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>4.500.000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>um</td><td>300.000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>4.200.000 Euro</td><td>3.995.000 Euro</td></tr></table>	von	4.500.000 Euro		um	300.000 Euro		auf	4.200.000 Euro	3.995.000 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
von	4.500.000 Euro											
um	300.000 Euro											
auf	4.200.000 Euro	3.995.000 Euro										

Anlage 1 zu APr 13/728

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 01
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	Fraktion der SPD/ Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 01 010 Landtag NRW Titel 531 00 011 Öffentlichkeitsarbeit des Landtags Aufnahme in die Erläuterungen zu Titel 531 00: "Es soll eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zugunsten Jugendlicher angestrebt werden."	SPD CDU FDP GRÜNE

Anlage 1 zu APr 13/728

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 01
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis									
5	Fraktion der SPD/ Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 01 010 Titel 684 30 012 Landtag NRW Zuwendungen an kommunalpolitische Vereinigungen zur Heranbildung und Weiterbildung von Bürgern für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung Ansatz lt. HH 2002 Reduzierung des Ansatzes <table><tr><td>von</td><td>1.931.000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>um</td><td>74.000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>1.857.000 Euro</td><td>1.931.000 Euro</td></tr></table>	von	1.931.000 Euro		um	74.000 Euro		auf	1.857.000 Euro	1.931.000 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
von	1.931.000 Euro											
um	74.000 Euro											
auf	1.857.000 Euro	1.931.000 Euro										

Anlage 1 zu APr 13/728

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 01
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	Fraktion der SPD/ Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 01 010 Titel 685 20 011 Landtag NRW Zuschuss an die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages Nordrhein-Westfalen e.V. Reduzierung des Ansatzes Ansatz lt. HH 2002 von 15.300 Euro um 5.300 Euro auf 10.000 Euro 15.300 Euro	SPD CDU FDP GRÜNE

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	FDP	Kapitel 02 020 Titel 685 10 Allgemeine Bewilligungen Zuschuss an die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften Erhöhung des Ansatzes von 951 000 Euro um 500 000 Euro auf 1 451 000 Euro Euro Begründung: Die Akademie der Wissenschaften pflegt den wissenschaftlichen Gedankenaustausch unter den Mitgliedern und mit Vertretern des politischen und wirtschaftlichen Lebens des Landes sowie die Beziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen und Gelehrten des In – und Auslands. Sie kann wissenschaftliche Forschung anregen und berät die Landesregierung bei der Forschungsförderung.	SPD CDU FDP GRÜNE

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1		Eine erstaunliche Zahl von Nobelpreisträgern zählt zu den Mitgliedern der Akademie. Die Akademie soll ihre gute Arbeit fortsetzen und ihre Arbeit erweitern können, daher werden die Mittel um 500 000 EUR erhöht.	

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2 a)	CDU	Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 685 40 Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH Ansatz lt. HH 2002 7 669 400 € Reduzierung des Ansatzes von Euro 9.936.500 um Euro 9.936.500 auf Euro 0 Begründung: Angesichts der Haushaltslage muss vermieden werden, Doppelaufgaben zu finanzieren. Die Projekt Ruhr GmbH hat ihre Daseinsberechtigung bislang nicht nachweisen können. Die Aufgaben können daher besser von den Kommunen bzw. vom Kommunalverband Ruhrgebiet mit entsprechender Finanzausstattung wahrgenommen werden.	SPD CDU FDP GRÜNE

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2 b)	FDP	Kapitel 02 020 Titel 685 40 Allgemeine Bewilligungen Zuschuss an dieProjekt Ruhr GmbH Reduzierung des Ansatzes von 9.936.500 Euro um 9 936 500 Euro auf 0 Euro Euro <u>Begründung:</u> Die Projekt Ruhr GmbH sollte Projekte initiieren, entwickeln und deren Umsetzung vorantreiben, begleiten und ggf. anfinanzieren. Sie sollte als Landesgesellschaft den Strukturwandel mit ausgewählten Projekten beschleunigen. Es sollte der Innovationsprozeß im Ruhrgebiet gefördert werden und der Arbeitslosigkeit aktiv entgegengetreten werden. Es wurde mit ihr ein zusätzliches Gremium geschaffen, um sich mit den Belangen des Ruhrgebiets zu befassen. Die Projekt Ruhr GmbH hat allerdings nur sehr wenig erreicht. Daher ist es an der Zeit die Projekt Ruhr GmbH aufzulösen.	

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2 c)	SPD CDU FDP GRÜNE (mündlich gestellt)	Kapitel 02 020 Titel 685 40 Allgemeine Bewilligungen Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH Baransatz: von 9.936.500 Euro Reduzierung um 10.200 Euro auf 9.926.300 Euro Kapitel 02 020 Titel 684 00 Allgemeine Bewilligungen Zuschüsse an die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen Baransatz: von 363.000 Euro Erhöhung um 10.200 Euro auf 373.200 Euro Begründung: Die mit der 2. Ergänzungsvorlage titelscharf veranschlagte Kürzung soll durch Erhöhung des titelscharfen Kürzungsansatzes bei Titel 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH - ersetzt werden. Die Zuschüsse an die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen sollen von der globalen Minderausgabe unbeeinträchtigt bleiben.	

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	Kapitel 02 060 Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen Gesamtausgaben des Kapitels 02 060 Ansatz lt. HH 2002 4 962 400 € Reduzierung des Baransatzes von 4.277.200 Euro um 1.847.300 Euro auf 2.429.900 Euro Begründung: Angesichts der Haushaltslage muss das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen als solches auf den Prüfstand gestellt werden. Mittel fehlen im Bereich der Hochschulen und Schulen. Im Übrigen sind in dem Haushaltsansatz der Landesregierung 3 469 900 € für die Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH vorgesehen. Dieses Institut sah sich im Rahmen einer Evaluierung durch den Wissenschaftsrat negativer Kritik ausgesetzt und muss sich daher von Grund auf neu aufstellen. Die frei werdenden Mittel werden im Einzelplan 05 im Kapitel 05 100 als zusätzliche Ausgaben für die Hochschulen zur Verfügung gestellt.	

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	FDP	Kapitel 02 060 Titel 686 20 Wissenschaftszentrum Nordrhein - Westfalen Zuschuss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein - Westfalen Reduzierung des Ansatzes von 3.296 400 Euro um 3.296.400 Euro auf 0 Euro Euro Begründung: Das Wissenschaftszentrum hat neben dem Dachinstitut in Düsseldorf drei Forschungsinstitute: das Institut für Arbeit und Technik, das Kulturwissenschaftliche Institut und das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Die Stellungnahme des Wissenschaftsrats zum Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen mit übergreifenden Empfehlung hat dargestellt, dass aus wissenschaftlicher Sicht der Verbund Wissenschaftszentrum Nordrhein – Westfalen nicht überzeugend sei und Synergien nicht zu erkennen seien. Die Stellungnahme empfiehlt daher, den Verbund aufzulösen.	

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 4		Weiter heißt es in der Stellungnahme, dass das Wuppertaler Institut in bestehender Form nicht weiter gefördert werden sollte. Die Kritik trifft fast alle Arbeitsbereiche des Wuppertaler Instituts. Die vernichtende Kritik berücksichtigend und der Empfehlung des Wissenschaftsrates folgend wird der Ansatz auf Null gesetzt.	

Anlage zu Vorlage 13/1906

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	Kapitel 02 062 Institut Arbeit und Technik Gesamtausgaben des Kapitels 02 062 Ansatz lt. HH 2002 6.104.800 € Reduzierung des Baransatzes von 5.379.000 Euro um 2.595.800 Euro auf 2.783.200 Euro <u>Begründung:</u> Angesichts der Haushaltslage müssen das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen als solches und die ihm zugeordneten Institute auf den Prüfstand gestellt werden. Mittel fehlen im Bereich der Hochschulen und Schulen. Daher müssen Doppelungen vermieden und finanzielle Mittel effizient eingesetzt werden. Diese werden im Einzelplan 05 im Kapitel 05 100 als zusätzliche Ausgaben den Hochschulen zur Verfügung gestellt.	